



**Nürnberg,  
Berufsschule 11  
31. Mai 2017**

# SOLIDARITÄT SIEGT

## gegen Abschiebung & Polizeiterror gegen Staatswillkür & Leitkultur

**Nürnberg, 31. Mai 2017,  
Berufsschule 11**

Ein Schreinerlehrling soll aus der Schule heraus abgeschoben werden. Etwa 300 Kollegen lassen das nicht zu – und blockieren die Polizei. Die Polizei geht mit Gewalt gegen die Kollegen vor. Doch am Ende gewinnen die Kollegen – Asif wird nicht abgeschoben!

*„Ich bin empört, dass junge Menschen, die sich in einer entscheidenden Situation solidarisch zeigen, nämlich dann, wenn aus ihrer Klasse und Schule ein Mitschüler herausgegriffen wird und abtransportiert werden soll, durch einen Polizeieinsatz mit Knüppeln, Pfefferspray und Hunden bekämpft werden. Das kann nicht recht sein!“*

(Ernst Grube, Überlebender des Holocaust, Präsident der Lagergemeinschaft Dachau und ehemaliger Berufsschullehrer)

Schülerinnen und Schüler aus der ganzen Republik kämpfen seitdem darum, dass von ihren Schulen keine Abschiebung mehr ausgeht! Jeder Schulleiter hat zu erklären, dass er nicht zulässt, dass die Polizei die Schule betritt und Berufsschüler entführt. Einer ihrer Mitkämpfer sitzt bis heute in U-Haft. Und allen, deren Personalien festgehalten wurden, droht eine Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis nach dem seit 28. April geltenden neuen Strafrechtsparagrafen 114, der jeden Körperkontakt mit Polizisten als „tätlichen Angriff“ verfolgt – welch ein Hohn auf den Rechtsstaat!

### **Beispiel Regensburg**

Schüler organisieren Unterschriften gegen Abschiebungen der Kollegen. Sie fordern den Schulleiter auf, Stellung zu beziehen! Für oder gegen Abschiebung?

Eine einfache Frage! Sie ziehen zu 50igst zum Rektor und verlangen seine Tätigkeit gegen Abschiebungen an der Schule. Ihre Losung lautet: **Wer einen von uns angreift, greift alle an!**

### **Und in München?**

Auch in München regt sich Widerstand und Solidarität. Über 70 Schüler an der Berufsschule Deroy-/Pranckhstraße haben bereits die Erklärung „Kampf jeder Abschiebung!“ unterschrieben. Ebenso Schüler vom Dante- und Klenze-Gymnasium und der Maria-Probst-Schule. Ein erster Schritt – wir gehen weiter! **Macht mit!**

### **Freitag, 21. Juli, 14.30 Uhr Demonstration in Nürnberg**

– Start vor der Berufsschule 11 – wir fahren von München aus hin – Treffpunkt zur Abfahrt mit dem Zug um 10.45 Uhr im Hauptbahnhof (Yormas)

## **VERANSTALTUNG**

**+++ Berichte von den Berufsschulen in Nürnberg +++ Regensburg +++ München +++**

**Bürgerkrieg in Hamburg - Was steckt dahinter +++ Arbeiter hinter Gittern: Was ist der „ATIK-Prozess“ +++**

**MITTWOCH, 19. JULI, 18 Uhr**

**im Haus mit der Roten Fahne, Tulbeckstr. 4 (Westend/ U-Bahn Schwanthaler Höhe) +++**

**informiert Euch +++ Kommt alle +++ Wir lassen uns nicht spalten - helft mit, dass Solidarität siegt!**



**Kollegen wie du und ich auf der Anklagebank und seit mehr als zwei Jahren in deutschen Gefängnissen.**

**Fragt Euch: WARUM!**

**Erhan Aktürk** kam im Jahre 1990, aufgrund seiner politischen Aktivität in der Türkei, nach Deutschland und erhielt in der BRD Asyl. Er war vielfältig politisch aktiv.

**Dr. Sinan Aydın** kam mit 13 Jahren nach Deutschland – seine Eltern lebten schon hier. Er ist Hausarzt in Nürnberg bis zu seiner Verhaftung.

**Haydar B.** ist Rentner und lebt seit 40 Jahren in Deutschland. Er setzt sich zeit seines Lebens für mehr Demokratie, Gleichberechtigung, Arbeitnehmer- u. Menschenrechte ein und war viele Jahre in Gewerkschaften politisch aktiv.

**Dr. Dilay Banu Büyükavci** ist Fachärztin für psychosomatische Medizin und Psychotherapie und war bis zuletzt am Nord-Klinikum Nürnberg auf der Station für Psychiatrie tätig. Sie ist Mitglied in ver.di und dort im Vorstand des Landesmigrationsausschusses. Seit April 2015 ist sie im Gefängnis Schwarzenbergstrasse 14, 81549 München.

**Musa Demir**, seit 1978 in Österreich, Arbeiter in einer Metallfabrik, seit 15.4.2015 in Haft (JVA Landshut, Berggrub 55, 84036 Landshut).

**Müslüm Elma** verbrachte nach dem Militärputsch in der Türkei insgesamt 22 Jahre seines Lebens in türkischen Gefängnissen. Jetzt sitzt er seit 15. April 2015 in der JVA München, Stadelheimer Str. 12, 81549 München

**Deniz Pektas** kam 1980 nach Deutschland. Er schloss seine Ausbildung als Schlosser ab und arbeitete in verschiedenen Metallbetrieben. Er wurde am 15. April 2015 in Griechenland festgenommen und zuerst nach Frankreich, von dort am 13.11.2015 nach Deutschland ausgeliefert.

**Sami Solmaz** wurde im Februar 1994 in der Türkei gefangen genommen und massiv gefoltert und später wegen schwerer gesundheitlicher Schäden entlassen. Er floh nach Frankreich wo er politisches Asyl erhielt. Im Sommer 2015 wurde er durch die französischen Behörden nach Deutschland ausgeliefert.

**Seyit Ali Uğur** wurde im Jahre 1992 von Seiten der türkischen Polizei in Untersuchungshaft genommen und schwerster Folter unterzogen; wurde später aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Jetzt sitzt er in der JVA Augsburg-Gablingen, Am Fliegerhorst 1 86456 Gablingen.

**Mehmet Yeşilçalı**, lebte bis zu seiner Festnahme am 15. April 2015 zusammen mit seiner Ehefrau und seinen beiden Kindern als anerkannter politischer Flüchtling in der Schweiz. In der

Türkei ist er am 12. September 1980 von der faschistischen Junta inhaftiert und gefoltert worden. In den 1990er Jahren verbrachte er weitere acht Jahre in der Türkei in Haft. Er hat schwere Folter erlitten.

**Sie Alle** sind seit April 2015 in Untersuchungshaft im Gefängnis. Sie sind Mitglied in der ATIK, eine Organisation von kurdischen und türkischen Einwanderern, die in Deutschland nicht verboten ist. Ihnen wird vorgeworfen, die TKP/ML zu unterstützen, die ebenso in Deutschland oder anderen europäischen Staaten nicht verboten ist. Ebenso wenig befindet sie sich auf den nationalen und internationalen Terrorlisten. Keinem der Angeklagten wird eine Gewalttat oder irgendeine andere strafbare Handlung in Deutschland vorgeworfen. Und trotzdem sind sie seit über zwei Jahren hinter Gitter. Genutzt wird dazu der § 129 b des Strafgesetzbuches, wozu die Staatsanwaltschaft durch das Bundesjustizministerium ermächtigt wurde. Mehr braucht es bei uns nicht, um für inzwischen mehr als zwei Jahren hinter Gittern und ein Jahr auf der Anklagebank zu sitzen.

**Fragt Euch: WARUM!**

**Die Prozesstermine sind Montag und Freitag, aktuelle Informationen sind auf der Internetseite der Anwälte unter <https://www.tkpmml-prozess-129b.de/de/terminvorschau-hauptverhandlung/>**

**Zeigt Eure Solidarität - Alle Inhaftierten freuen sich über Briefe!**

*Foto:*

*29. April 2017, mit dem Aktionszug „Revolution statt Krieg“ durch die Münchner Stadtviertel Westend und Giesing, in U-Bahn und Straßenbahn für die Solidarität mit den angeklagten Genossen.*

*Der Aktionszug zum 98. Jahrestag der bayerischen Räterepublik war damit in bester Tradition der Novemberrevolution 2018, die die Freilassung aller forderte, die für das Ende des 1. Weltkriegs gekämpft haben.*

**DF:** (...) Kollegen gerieten ins Visier der Polizei. Sie wurden von ihr mehr als rüde behandelt, mit Tränengas beworfen, aufs schlimmste beschimpft. Fast konnte man den Eindruck haben, als hätte die Polizei die Journalisten zum Gegner erklärt. Ich habe den Journalisten und Juristen Heribert Prantl gefragt, wie er die gewalttätigen Übergriffe jedweder Art auf Journalisten in Hamburg bewertet.

**Heribert Prantl:** *Wenn Gewalt so eskaliert, wie es in Hamburg geschehen ist, dann werden auch Journalisten verprügelt und nicht nur Polizisten. Es ist natürlich ein Exzess sondergleichen, es ist ein Angriff auf die Pressefreiheit, es ist ein Indiz dafür, dass hier alle Maßstäbe verlorengegangen sind.*

**DF:** Neben diesen gewalttätigen Übergriffen wurde ja auch einigen Journalisten die Akkreditierung entzogen. Ist das ein geläufiges Verfahren bei solchen Dingen? Wenn es eng wird, müssen die Journalisten leider draußen bleiben?

**Prantl:** *Ich halte es für völlig intolerabel. Es ist gar nicht so, dass die Pressefreiheit dann beiseite springen muss, wenn die Polizei mit Blaulicht daherkommt oder das Blaulicht einschaltet. Es gibt kein Supergrundrecht, das sich innere Sicherheit nennt, dem sich alle anderen Grundrechte unterordnen müssen. (...)*

**DF:** Noch mal nachgefragt, was dieses Prozedere anbetrifft: Offiziell halten sich ja Bundespresseamt und Bundeskriminalamt mit der Angabe von Gründen zurück. Es heißt dann nur so, die Akkreditierung sei dort entzogen worden, wo sicherheitsrelevante Erkenntnisse vorlägen. Wie kann so etwas denn überhaupt sein? Ich meine, im Zuge einer Akkreditierung wird doch eigentlich schon überprüft, welche Journalisten zugelassen werden und welche nicht.

**Prantl:** *So ist es. Offensichtlich hat man hier unter dem Druck der Ereignisse*

*versucht, Pressefreiheit kleinzudrehen. Es ist ein völlig intolerables Verfahren, und man tut hier in diesen Kontext ohne schlüssige Begründung so, als*

*Gesetze der inneren Sicherheit der letzten Jahre denken, ob Vorratsdatenspeicherung oder ähnliche Dinge, da war es immer so, dass die Pressefreiheit auf einmal keine große Rolle mehr spielte, dass man sagte, ach Gott, angesichts der Gefahren, die drohen, wollen wir mal die Pressefreiheit nicht so hochhängen. Das ist eine Sichtweise, die geht nicht. Pressefreiheit ist kein Schönwettergrundrecht. (...)*

**DF:** Verstehe ich Sie richtig, wenn Sie die Pressefreiheit schon länger im Erosionsprozess sehen?

**Prantl:** *Ja, ich stelle fest, immer dann, wenn gesagt wird, in Gesetzgebungsprozessen, in Gesetzgebungsverfahren oder auch bei großen sogenannten Großlagen, es wird gern das Grundrecht der Pressefreiheit bei Sonntagsreden groß beweihräuchert, beiseitegeschoben, und zugunsten von innerer Sicherheit kleingemacht (...)*

**DF:** Wird das jetzt noch lange nachschwingen, diese Hamburg-Proteste?

**Prantl:** *Ich hoffe, ehrlich gesagt, sehr, weil hier viel zu analysieren ist. Das beginnt bei der Polizeipraktik, es beginnt bei der Art und Weise, wie Polizei sich präventiv auf solche Großlagen einstellt, wie man mit Demonstrationen umgeht, wie man von vornherein Gewalttaten versucht vorzubeugen, es geht aber auch darum, wie gehe ich mit den berechtigten Anliegen von friedlichen Demonstranten um, wie gehe ich mit dem Grundrecht der Pressefreiheit um, wie verhindere ich es, dass plötzlich die notwendigen Rechte von Journalisten, weil es vermeintlich gerade eng wird, lädiert werden.*

**Mehr Analyse dazu gibt es auf unserer VERANSTALTUNG am Mittwoch, 19. Juli um 18 Uhr im Haus mit der Roten Fahne.**

## **BÜRGERKRIEG IN HAMBURG:**

Monatlang wurde anlässlich des G 20 Gipfels die Probe auf den Polizeistaat vorbereitet. Das fing mit der Wahl des Ortes an und setzte sich mit jedem weiteren Schritt fort. Ausgerechnet ein bekannter Hardliner, Hartmut Dudde, wurde vom rot-grünen Senat zum Einsatzleiter der Polizei ernannt. Pauschal wurden mitten in der zweitgrößten Stadt der BRD 38 Quadratkilometer zur verbotenen Zone für alle Versammlungen erklärt. Camps wurden verboten, das Verbot aufhebende Gerichtsurteile demonstrativ missachtet. 20.000 hoch aufgerüstete Polizisten wurden gegen Demonstrationen eingesetzt. Im Gegenzug wurden stundenlang Zerstörungen im alternativen Schanzenviertel zugelassen, um im Finale des totalen Bürgerkriegs zu enden: Schwerebewaffneter Häuserkampf in Echtzeit.

## **„ALLE MASSSTÄBE SIND VERLOREN GEGANGEN“**

Wir dokumentieren:

Interview mit Heribert Prantl, Jurist und Journalist der Süddeutschen Zeitung, am Montag, 10. Juli 2017 im Deutschlandfunk insbesondere zu den schwerwiegenden Angriffen auf die Pressefreiheit.

*wären Journalisten womöglich Nahesteher von Gewalttätern. Ich halte das für völlig intolerabel, auch mit einer derart nichtssagenden Begründung, gegen die man auch rechtlich nicht auf die Schnelle vorgehen kann.*

**DF:** Und warum ist eigentlich das Bundeskriminalamt für Presseakkreditierung zuständig?

**Prantl:** *Das frage ich mich auch. Natürlich werden Sicherheitsbehörden einbezogen, wenn abgeklärt wird, wer eine Akkreditierung kriegt, aber hier auf einmal Polizeibehörden zum Zensor von Pressearbeit zu machen, ist mit der demokratischen Aufgabe von Presse nicht vereinbar.*

**DF:** Jetzt ist etwas in Schiefelage geraten. Kann man daraus schließen, wenn es irgendwie problematisch wird, dann schränken wir mal schnell die Pressefreiheit ein wenig ein?

**Prantl:** *Ja, das ist ja ein Vorgehen, das hier nur besonders in den Blickpunkt rückt. Es ist keine Ausnahme. Wenn wir an die großen Gesetzesvorhaben und*



**Erklärung  
Internationale Aktion  
zum Roten Oktober**

**WEIL ES LÄNGST  
WIEDER ZEIT IST!**

Die Alternative ist klar und eindeutig:  
Entweder den Weg des großen Kapitals  
in Massenerwerbslosigkeit und Krieg  
*oder*  
den Weg des Proletariats in seine Zukunft,  
den Sozialismus.

Entweder stürzt die Berliner Regierung Millionen  
Werk tätige und ihre Kinder in Not, Elend und Krieg  
*oder*  
die Arbeiter stürzen die Regierung des großen Kapitals  
und erkämpfen sich ihre eigene Regierung der Ein-  
heitsfront der kommunistischen, sozialistischen und  
parteilosen Arbeiter und nehmen ihre Zukunft selbst in  
die Hand.

*Einen dritten Weg gab es nie  
und gibt es nicht.*

Gerade in den heutigen Zeiten, in denen noch keine re-  
volutionäre Situation herrscht, ist es zwingend, deine  
eigene Geschichte wieder aufzugreifen. Und den Weg  
in die Zukunft gemeinsam mit uns, mit deiner Klasse  
nicht erst morgen, sondern heute schon zu gehen.  
Organisiere dich, alleine schaffst du's nicht! Zieht die  
Lehren - Revolution statt Krieg!

**Deswegen: Fahrt mit nach Leningrad  
zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution,  
dem Geburtstag der neuen Welt!**

Es braucht den praktischen Zusammenschluss über die  
Grenzen hinweg. Wer Kriege beenden kann, kann sie  
auch verhindern!

Dies ist eine gemeinsame Information von  
**Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD –  
Ortsgruppe München,  
Freie Deutsche Jugend – Gruppe München  
Münchner Unterstützerkreis  
„Klassenkampf statt Weltkrieg“**

[www.Klassenkampf-statt-Weltkrieg.de](http://www.Klassenkampf-statt-Weltkrieg.de)  
Kontakt: Martin Storm (0176-38085138,  
stormmartin@hotmail.de)



## ERKLÄRUNG

Die Großmächte, darunter an erster Stelle Deutschland wie die USA, für die Europa ein Aufmarschgebiet eines kommenden Weltkriegs ist, sind sich darüber gewiß, daß sie die Großmacht der Revolution geschlagen, aber nicht besiegt haben. Von Berlin bis Leningrad, von Paris bis Warschau, von Madrid bis Prag, von Athen bis Donezk ist das Aufbegehren, der aufkeimende Widerstand des europäischen Proletariats, also der Großmacht, die dem Schrecken des Krieges ein Ende setzen kann, erneut am Erstarren.

Die europäischen Völker sind nicht hoffnungslos verloren, wenn sie ihrer eigenen Geschichte treu bleiben, die beinhaltet: Daß sie der Garant für den Frieden gegen den Krieg sind; daß sie der Garant dadurch sind, daß sie ihre eigene Geschichte in der heutigen Zeit in Anwendung bringen und fortführen. Fortführen heißt, die Verdienste ihrer vergangenen Siege über die Großmächte heute gegen den aufkommenden dritten Weltkrieg zur Richtschnur ihres Handelns zu machen. Diese Verdienste sind: Die Pariser Kommune als erste Beweisführung, wie das Verbrechen an den Völkern beendet werden kann. Die große sozialistische Oktoberrevolution als Signal an die Weltbevölkerung und als Beweis, daß selbst Weltkriege durch die Revolution beendet werden können. Und daß die siegreiche Arbeiterbewegung in der Sowjetunion dem Morden, dem Völkermord des deutschen Faschismus ein Ende setzte durch die Befreiung der europäischen Völker vom Faschismus. Und sie war treibende Kraft der Errichtung eigener volksdemokratischer Staaten, ob in Europa des Sozialismus oder der Volksdemokratien oder weltweit als unterstützende Kraft, die Revolution gegen den Krieg zum Sieg zu führen, ob in Vietnam, China, Nordkorea oder durch die Befreiungsbewegungen in Afrika.

Der Kampf gegen den Krieg, der in Europa täglich spürbar ist, bedarf der Initialzündung der Wiederbelebung der Geschichte der europäischen Arbeiterklasse und ihrer Völker.

Die Teilnehmer der Zusammenkunft vom 12./13. September 2015 in München sehen es deswegen als zwingend notwendig an, die Tatsache, daß sich 2017 zum 100. Mal die Oktoberrevolution jährt, zu nutzen, um die Einheit gegen den Krieg über die Ländergrenzen hinweg zu schmieden durch eine Fortsetzung „Klassenkampf statt Weltkrieg“ im Jahre 2017 nach Leningrad.

Die internationale Aktionseinheit „Klassenkampf statt Weltkrieg“ fordert von allen Kriegsgegnern, die der Großmacht Revolution gegenüber aufgeschlossen sind, sich dieser internationalen Aktionseinheit anzuschließen – durch eigene Mitwirkung oder durch anderweitige Unterstützung. Um der weiteren Kriegstreiberei der Reaktion, der kapitalistischen Großmächte und ihrer konterrevolutionären Kumpane in den ehemaligen sozialistischen Ländern Europas keine weiteren Chancen zu geben und das Ausscheiden aus dem Krieg den Völkern vorzubereiten.

München, den 13.9.2015

### **BRD incl. anneklierter DDR:**

**Aktionsbüro „Das Begräbnis oder  
DIE HIMMLISCHEN VIER“**

Heinz Klee  
Leiter des Aktionsbüros, Delegationsleiter  
Stefan Eggerdinger

**Arbeiterbund für den  
Wiederaufbau der KPD**

Helge Sommerock  
Exekutivkomitee des Zentralkomitees,  
Delegationsleiter

**Arbeits- und Koordinationsausschuß  
der ersten/vierten Arbeiter- und  
Gewerkschafter-Konferenz  
gegen den Notstand der Republik**

Gunter Kaiser  
Delegationsleiter  
Roman Münzer

**Freie Deutsche Jugend**

Lisa Lorenz  
Zentralrat, Delegationsleiter

**Jugendaktionsausschuß  
Notstand der Republik**

Anna Busl  
Delegationsleiter

**Revolutionärer  
Freundschaftsbund**

Gerd Hommel  
Vorsitzender, Delegationsleiter  
Albrecht Geißler  
stellv. Vorsitzender  
Torsten Trentzsch

**Sozialistische Jugend Deutschlands -**

**Die Falken  
(Bezirk Niederbayern/Oberpfalz)**

Patrick Kundmüller  
Delegationsleiter  
Philipp Schütz

### **Republik Polen:**

**Kommunistische Partei Polens  
(Komunistyczna Partia Polski)**

Zbigniew Wiktor  
Delegationsleiter  
Walerian Kozica  
Janusz Biernat

### **Russische Föderation:**

**Allunionspartei „Union der  
Kommunisten“ (Всероссийская партия  
«Союз коммунистов»)**

**Russische Kommunistische Arbeiter-  
partei (RKRP-KPSS)  
(Российская Коммунистическая  
Рабочая Партия)**

**Vereinigte Kommunistische Partei  
(Объединенная Коммунистическая  
партия)**

### **Tschechische Republik:**

**Klub des tschechischen Grenzlandes  
(Klub českého pohraničí)**

Karel Janda  
Mitglied der Leitung des Nationalrats,  
Delegationsleiter  
Zbyněk Cincibus  
stellv. Vorsitzender des Nationalrats  
Jaromír Kohlíček

**Kommunistischer Jugendverband  
(Komunistický svaz mládeže - KSM)**

Karel Turansky  
Mitglied des Zentralrats, Delegationsleiter

**Soldaten gegen den Krieg  
(Vojáci proti válce)**

Generál Ing. Michal Gondok  
Mitglied der Republikleitung, Delegationsleiter

**Präsidium:** Heinz Klee, Stefan Eggerdinger

Die Erklärung wurde nach dem 13. September 2015 von den Leitungsorganen aller Organisationen, die Delegierte zu der Konferenz entsandt hatten, gebilligt und zur Grundlage ihrer weiteren Tätigkeit erklärt.